



Christopher von Eynern and Jonathan Schnock

KI-Lobbying im transatlantischen Vergleich: Zwei Systeme, eine Strategie

Einleitung

Am 25. März 2026 geschah in einem Gerichtssaal in Los Angeles etwas, das in den USA bis vor kurzem undenkbar schien: Eine Geschworenen-Jury befand Meta und Google, die Unternehmen hinter Instagram und YouTube, für schuldig, eine junge Frau verletzt zu haben – durch die Art, wie ihre Apps operieren. Durch endloses Scrollen, durch automatisch startende Videos und vor allem durch Algorithmen, die immer das empfehlen, was die Nutzerin am längsten am Bildschirm hält. Diese Funktionsweise, so die Jury, hätte die Klägerin in die Sucht, in Depressionen und in die Selbstverletzung getrieben. Einen Tag zuvor hatte ein Gericht in New Mexico den Facebook-Mutterkonzern Meta zu 375 Millionen US-Dollar Schadensersatz verurteilt, weil das Unternehmen seine Nutzer:innen über die Sicherheit seiner Plattformen belogen und die sexuelle Ausbeutung von Kindern auf seinen Seiten nicht verhindert hatte. Zwei Urteile in 48 Stunden. Zum ersten Mal erkennt die US-amerikanische Justiz an, was Millionen von Eltern, Lehrer:innen und Betroffene längst vermutet haben: Die Produkte der Tech-Industrie können Menschen schädigen. Und die Industrie, die daran verdient, trägt eine Mitverantwortung.

Die Tech-Industrie, die hinter den sozialen Medien steht und nun von Gerichten zur Rechenschaft gezogen wird, mobilisiert große finanzielle Mittel, um anstehende Regu-

lierungen zu verhindern. In den USA hat sie dafür innerhalb weniger Monate über 125 Millionen US-Dollar eingesammelt, um Politiker:innen zu unterstützen, die Regulierungen unterbinden sollen. In der Europäischen Union arbeitet dieselbe Industrie daran, Schutzgesetze, die gerade erst beschlossen wurden, zu verwässern, bevor sie vollumfänglich zur Anwendung kommen. Es geht um die geopolitische und wirtschaftliche Sicherheit, so die Industrie. Es geht um die Zukunft des sozialen Miteinanders, sagen andere.

USA: Regulierung ist Verrat – Macht und Strategien der Super-PACs

Im Jahr 2010 traf der Oberste Gerichtshof der USA eine Entscheidung, die das Land seither prägt. In einem wegweisenden Fall urteilte er, dass unabhängige Ausgaben für politische Zwecke vom Ersten Verfassungszusatz der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Praktisch bedeutet dies, dass Personen, Unternehmen und auch Gewerkschaften quasi unbegrenzt Geld für politische Kommunikation wie Werbung ausgeben dürfen, solange sie diese nicht mit den Wahlkampagnen direkt koordinieren. Aus diesem Urteil entstand eine neue Art von politischer Organisation: das sogenannte Super-PAC. Während traditionelle *Political Action Committees* (PACs) die gesetzlichen Obergrenzen bei der Höhe der Wahlkampfspenden einhalten müs-

sen, wurden mit dem Urteil neue, unabhängig agierende Organisationen, die Super-PACs, attraktiv. Weil sie formal unabhängig von Kampagnen agieren, können sie beliebig viel Geld von Unternehmen, Personen oder Interessengruppen einsammeln und damit Wahlwerbung finanzieren. In der Praxis spielt diese Abgrenzung allerdings kaum eine Rolle. Vor diesem Hintergrund lässt sich für die USA ableiten: Wer über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügt, kann nun einfacher als je zuvor die politische Landschaft maßgeblich mitgestalten.

Die Krypto-Industrie als Vorbild. Wie ein Super-PAC agiert, hat die Industrie hinter Kryptowährungen – digitale Zahlungsmittel, die ohne die Hilfe von Banken auskommen und weitgehend unreguliert sind – 2024 eindrucksvoll demonstriert. Als Politiker:innen in den USA begannen, strengere Regeln für diese Krypto-Unternehmen zu fordern, reagierte die Industrie prompt. Unter dem Namen „Fairshake“ gründeten die größten Krypto-Unternehmen ein Super-PAC, welches im [Wahlzyklus 2024 133 Millionen US-Dollar](#) ausgab. Die Strategie war einfach: Politiker:innen, die Krypto-Regulierung befürworteten, wurden mit einem Millionen-Budget bekämpft. Fairshake finanzierte Gegenkandidat:innen, schaltete Angriffswerbung und machte unmissverständlich klar: Wer unsere Industrie regulieren will, riskiert seine politische Karriere. Die Strategie ging auf. Dutzende der von Fairshake unterstützten Kandidat:innen gewannen ihre Wahlen.

Auf diesem Erfolg aufbauend übernahm die KI-Industrie im Sommer 2025 Fairshakes Strategie sowie einige ihrer Lobbyist:innen. Unter dem Namen „Leading the Future“ gründeten einige der mächtigsten Akteure des Silicon Valley ein eigenes Super-PAC-Netzwerk. Die Gründer waren die Risikokapitalfirma Andreessen Horowitz, Greg Brockman (OpenAI-Präsident und Mitgründer des Unternehmens hinter dem Chatbot ChatGPT), der KI-Suchdienst Perplexity und mehrere Tech-Investoren. Die KI-Industrie hat nicht nur die personelle Infrastruktur der Krypto-Lobby übernommen, sondern auch ihre zentrale Politikstrategie: Politische Einflussnahme ist am wirkungsvollsten, wenn sie schon vor der Wahl stattfindet.

Zwischen der Gründung im August 2025 und dem Jahresende sammelte Leading the Future zusammen mit angeschlossenen Organisationen 125 Millionen US-Dollar ein. In New York City arbeitet das Netzwerk gegen den demokratischen New York State Representative und Kandidaten für das US-Repräsentantenhaus Alex Bores, der eines der ersten KI-Sicherheitsgesetze eines US-Bundesstaates mitgeschrieben hat. In Texas unterstützt es Chris Guber, einen Anwalt, der für Elon Musk gearbeitet hat und verspricht, [„amerikanische Innovation vor Chinas Wirtschaftsspionage zu schützen“](#). Leading the Future präsentiert sich als überparteilich und unterstützt sowohl Demokrat:innen als auch Republikaner:innen. Entscheidend scheint weniger die Parteizugehörigkeit, sondern der Wille zur Deregulierung.

Wer reguliert, verrät Amerika. Ein wirkungsvolles Narrativ dieser Deregulierungspolitik verdient besondere Aufmerksamkeit. Politiker:innen, die für KI-Schutzregeln eintreten, werden nicht bloß als Vertreter:innen einer anderen Meinung dargestellt, sondern als unmittelbare Bedrohung für die nationale Sicherheit. Das zentrale Argument: Amerika befindet sich in einem technologischen Wettlauf mit China und jede Form von Regulierung bremst das Land in diesem Rennen. Wer trotzdem Bedenken äußert, muss sich gegen den Vorwurf verteidigen, Amerika schwächen zu wollen.

Diese Argumentation ist in der Wissenschaft gut erforscht. Es wird vom „AI Race Narrative“ gesprochen, einem Diskurs, der geopolitische Ängste instrumentalisiert, um industriefreundliche Politik durchzusetzen. Der renommierte KI-Forscher Rainer Mühlhoff geht einen Schritt weiter. Er argumentiert in seinem Buch [„Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus“](#), dass Zukunftsnarrative dieser Art – ob die Verheißung grenzenloser Innovation oder das Schreckgespenst des technologischen Untergangs – vor allem dazu dienen, die enorme Machtkonzentration der Tech-Konzerne unsichtbar zu machen. Wer über den Wettlauf spreche, spreche nicht über die Frage, wem die Technologie gehöre, wer von ihr wie profitiere und wer über ihre Regeln bestimme. KI sei in dieser Hinsicht keine „neutrale Technologie“, sondern ein Machtinstrument und die Frage, wer ihre Regeln schreibe, sei eine zutiefst politische.

Einheitliche Regulierung: Nein. Einheitliche Deregulierung: Ja. Parallel zur Wahlkampfoffensive verfolgt die Industrie in den USA ein zweites Ziel: die Verhinderung einzelstaatlicher KI-Gesetze. Jeder der 50 US-Bundesstaaten hat das Recht, eigene Gesetze zu erlassen und einige – etwa Kalifornien und New York – haben deshalb zum Teil weitreichende Regeln für den Einsatz von KI verabschieden können. Die Industrie argumentiert, dass ein Flickenteppich aus 50 verschiedenen Regelwerken das Geschäft unnötig erschwere und fordert stattdessen ein einheitliches nationales Rahmenwerk. Das klingt wirtschaftlich vernünftig, ist aber ein trojanisches Pferd. Denn das gewünschte Bundesgesetz soll nicht allgemeine nationale Standards setzen, sondern die bestehenden Gesetze der Staaten außer Kraft setzen und durch schwächere Mindeststandards ersetzen. Die Industrie will nicht einheitliche Regulierung, sie will einheitliche Deregulierung.

Dieser Plan scheiterte zweimal am Widerstand aus beiden Parteien: Erst wurde 2025 eine entsprechende Klausel aus dem Haushaltsgesetz („One Big Beautiful Bill“) gestrichen, dann aus dem jährlichen Verteidigungshaushalt. Bemerkenswert: Nicht nur Demokrat:innen, sondern auch konservative Republikaner:innen lehnten ab, darunter republikanische Gouverneure und US-Senator Josh Hawley, ein erklärter Kritiker der Macht großer Tech-Konzerne. Als der parlamentarische Weg versperrt blieb, griff Präsident Donald Trump zu einer von ihm präferierten Alternative: der Executive Order – einer Anordnung des Präsidenten, die ohne Zustimmung des Parlaments gilt. Am 11. Dezember 2025 wies er das Justizministerium an, eine eigene

Gruppe – die sogenannte „*AI Litigation Task Force*“ – zu gründen, deren einzige Aufgabe es sein soll, einzelstaatliche KI-Gesetze vor Gericht anzufechten. Gleichzeitig drohte er Staaten mit strengen KI-Gesetzen den Entzug von Bundesfördermitteln an. Die *AI Litigation Task Force* nahm im Januar 2026 ihre Arbeit auf. Dennoch wurde bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Textes keine einzige Klage eingereicht. Außerdem verkündeten die Gouverneure in Kalifornien, Colorado und New York, dass sie ihre Gesetze weiter durchsetzen werden.

Die Gegenbewegung. Als Reaktion auf das Super-PAC *Leading the Future* gründeten der frühere demokratische Abgeordnete Brad Carson und der frühere republikanische Abgeordnete Chris Stewart das Netzwerk „*Public First*“. Dieses unterstützt Kandidat:innen beider Parteien, die für KI-Schutzregeln eintreten. Co-Gründer Brad Carson formuliert seine Position so: [„Wir haben 50 Millionen Dollar und 80 Prozent der öffentlichen Meinung. Die Gegenseite hat 15 Prozent Zustimmung und 100 Millionen Dollar.“](#) Die Frage, die sich daraus ergibt, betrifft unser Verständnis von Demokratie selbst. Sie handelt von einem bekannten Defizit demokratischer Legitimität von Wahlen und Repräsentation: Wenn politischer Einfluss davon abhängt, wie viel Geld einzelne Gruppen und Personen einsetzen können, stellt sich die Frage, wessen Interessen die Gesetzgebung am Ende widerspiegelt. Trotz des bekannten Defizits der US-Demokratie ist es wichtig, auf neue Dimensionen – finanzieller und strategischer Art – hinzuweisen. Rick Claypool von der Organisation *Public Citizen*, die den Einfluss von Industrielobbys auf die Politik beobachtet, beschrieb diese neue Dimension bereits 2024 in einer [Analyse der Krypto-Kampagne](#): „Keine Branche hat je zuvor so umfassend darauf gesetzt, direkt von Konzernen finanzierte politische Kriegskassen offen als Drohung oder Belohnung einzusetzen, um Gesetzgeber zur Übernahme industriefreundlicher Positionen zu disziplinieren.“

EU: Digitaler Omnibus als Lobby-Erfolg

Enthusiasmus für technologische Innovation wie KI und eine Skepsis gegenüber Regulierung findet sich auch in der Europäischen Union. Deutlich wird das am grundlegenden Kurswechsel der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin. Die grüne und digitale Transformation ist dem Begriffspaar der Entbürokratisierung und Wettbewerbsfähigkeit gewichen.

Deregulierung als Weg aus der Krise. Diese Entwicklung kann als Folge sich verschärfender geopolitischer Konflikte, geringen Wirtschaftswachstums und, je nach Metrik, niedriger Innovationskraft in der EU gesehen werden. Als Antwort auf diese realen Herausforderungen – deutlich dargestellt in den wegweisenden Berichten von Mario Draghi, ehemaliger Chef der Europäischen Zentralbank, und Enrico Letta, ehemaliger Ministerpräsident Italiens – hat die Kommission die kontroversen Omnibus-Pakete, die darauf abzielen, Rechtsakte in verschiedenen Politikbereichen zu

entbürokratisieren, auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Kosten für Unternehmen einzusparen und dadurch Innovationen anzuschieben, indem Regeln vereinfacht oder abgeschafft werden.

Die Offenheit der Kommission, sich wirtschaftsliberale Argumente, die EU-Regeln als kostspieligen Hemmschuh darstellen, anzueignen, ist bezeichnend. So [pries die Kommission den AI Act 2024](#): „Die EU will im Bereich der sicheren KI eine weltweite Führungsrolle übernehmen.“ Zwischen diesem Statement und der Veröffentlichung des digitalen Omnibusses lag etwas mehr als ein Jahr. Die [Pressemitteilung](#) zu dessen Veröffentlichung schlägt andere Töne an: „Dank des neuen Digitalpakets der Europäischen Kommission müssen europäische Unternehmen – von Fabriken bis hin zu Start-ups – künftig weniger Zeit für Verwaltungstätigkeiten und die Einhaltung der Vorschriften aufwenden, die sie dann für Innovation und Expansion aufwenden können.“

Innovation vs. Regulierung – eine Lobbykampagne trägt Früchte. Ein zentrales Element, das dieses Umdenken befördert hat, ist eine [jahrelange Kampagne von Lobbyorganisationen](#) von Google, Meta und Amazon im Zuge derer Innovation mit Wirtschaftswachstum und folglich mit höherer internationaler Wettbewerbsfähigkeit gleichgesetzt wurde. Dem wurden auf EU-Ebene festgelegte Regeln und ihre vermeintlich wirtschaftsschädigenden Auswirkungen gegenübergestellt. Diesem Narrativ folgend resultiert aus „Überregulierung“ nicht nur niedriges Wachstum, sondern auch die Einbuße geopolitischen Einflusses der EU, den diese zu einem großen Teil aus ihrer wirtschaftlichen Stärke ableitet.

Die künstliche Trennung zwischen Innovation und Regulierung in der digitalen Welt wurde schon während der Verhandlungen zum *Digital Markets Act* (DMA) und dem *Digital Services Act* (DSA) von US-Tech-Konzernen genutzt. [Wissenschaftlich ist ein negatives Verhältnis keineswegs eindeutig erwiesen](#), sondern es ergibt sich ein deutlich komplexeres Bild, in dem Regeln Innovationen fördern oder hemmen können. Unabhängig von ihrer faktischen Richtigkeit hat diese Lobbykampagne langfristig Früchte getragen. Was in der Diskussion um den DMA und DSA nur bedingt funktioniert hat, stellt mittlerweile ein zentrales Anliegen der Kommission dar. Der für die Tech-Branche wichtigste Vorstoß zur Entbürokratisierung wurde von der Kommission am 19. November 2025 in Form des digitalen Omnibusses, auch „Digitales Paket“ genannt, veröffentlicht. Dieses umfasst verschiedene legislative und nicht-legislative Elemente. Zentral an dieser Stelle sind die Änderungen zu KI- und Datenschutzregeln.

Was der digitale Omnibus konkret ändert. Bei den Änderungen des *AI Acts* geht es unter anderem um die Verschiebung der Anwendung der Regeln für Hochrisiko-KI-Systeme gemäß Artikel 6 Absatz 2 (siehe [Anhang III](#)), die eigentlich schon ab Anfang August 2026 greifen sollen. Das heißt, diese Systeme können in der Zwischenzeit wei-

ter betrieben werden. Betroffen sind Anwendungen von KI in Bereichen wie biometrische Erkennung, kritische Infrastruktur oder bei der Auswahl von Bewerber:innen im Rahmen von Stellenausschreibungen. Dadurch besteht das Risiko, dass z. B. Frauen und marginalisierte Gruppen in der Zwischenzeit weiterhin Diskriminierung durch KI-Biases in wichtigen Lebenssituationen wie der Jobsuche erfahren. Zudem wird kritisiert, dass die Registrierungspflicht für Hochrisikosysteme auf einer Einschätzung der Anbieter selbst fußen soll. Dieser Teil des Vorschlags wird aufgrund der anstehenden Anwendungsfrist unter großem zeitlichen Druck in Parlament und Rat verhandelt, was einer differenzierten Auseinandersetzung entgegensteht. Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass die Kommission auf eine, eigentlich verbindliche, Folgenabschätzung verzichtet hat, mit dem Verweis darauf, es handele sich nur um technische Änderungen.

Die Änderungen beim Datenschutz zielen darauf ab, die komplexe rechtliche Landschaft in diesem Bereich zu vereinfachen. Ein umstrittener Punkt ist der Umgang mit personenbezogenen Daten. Durch eine Änderung im Rechtstext sollen pseudonymisierte Daten nicht mehr als persönlich gelten und somit nicht mehr unter die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) fallen, wenn eine Re-Identifizierung z. B. durch Käufer:innen der Daten nicht ohne Weiteres vorgenommen werden kann. [Datenschutzexpert:innen bemängeln](#), dass die Re-Identifizierung über einen Abgleich mit weiteren Datensätzen oft problemlos möglich ist. Damit wird ausuferndem Profiling – also dem Erstellen eines Persönlichkeitsbildes durch die Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke – Tür und Tor geöffnet. So kann für Nutzer:innen speziell für sie zugeschnittene Werbung geschaltet werden und es besteht die Möglichkeit, dass Menschen Preisdiskriminierung erfahren, weil durch Profiling bekannt ist, über welches Einkommen sie verfügen und bei welchen Produkten oder Dienstleistungen sie bereit sind, mehr Geld auszugeben. Die Risiken für den Verbraucher- und Datenschutz sind offensichtlich.

Weiterhin soll das Recht auf Datenabfrage eingeschränkt werden, wenn es missbräuchlich verwendet wird. Bereits jetzt werden Anfragen ignoriert, weil Einzelpersonen wenig Hebel gegen große Konzerne haben. Gerade im Arbeitskontext ist das Recht auf Datenabfrage essentiell, um algorithmisches Management – gemeint ist zum Beispiel die automatisierte Leistungsüberwachung durch KI, die im [Fall von Uber zu Entlassungen geführt hat](#) – aufzudecken und strukturelle Ungleichheiten zwischen Arbeitgeber:innen und -nehmer:innen zu reduzieren.

Die dargelegten Änderungen sind weitreichend und in ihrem ganzen Ausmaß noch schwer abzuschätzen. Dass es sich um rein technische Änderungen handeln soll, wie die Kommission argumentiert, ist fragwürdig. Noch weitaus problematischer ist, dass die Änderungsvorschläge der Kommission teilweise deckungsgleich mit den Forderungen großer US-Tech-Konzerne sind, wie eine [Analyse von Corporate Europe Observatory und LobbyControl](#) zeigt.

Das Framing von innovationshindernden Regeln, derer man sich durch Entbürokratisierung entledigen müsse, hat also innerhalb relativ kurzer Zeit – vom Beschluss des AI Acts zur Erarbeitung des Omnibusses – eine große Wirkung entfaltet.

Neue Dimensionen der Einflussnahme und neue Mehrheiten. Nicht zuletzt dürfte es auch einen Zusammenhang zwischen der Übernahme von Forderungen der Tech-Branche in den Gesetzesvorschlag und den steigenden Ausgaben für Lobbyzwecke geben. Um es in Zahlen zu fassen: [Während 2021 noch 97 Millionen Euro für Tech-Lobbying in Brüssel ausgegeben wurden, waren es 2025 151 Millionen.](#) Durch diese Summen finanziert, hatten Interessenvertreter:innen die Möglichkeit, sich in der ersten Jahreshälfte 2025 im Schnitt gut einmal am Tag mit Vertreter:innen der Kommission zu treffen; im Parlament waren es sogar fast zwei Treffen täglich.

Auf politischer Ebene haben Tech-Lobbyisten die Kräfte rechts der Mitte im Europäischen Parlament als Partner entdeckt. Infolge der Mehrheitsverhältnisse seit 2024 können rechte und rechtsextreme Fraktionen eine Mehrheit mit den Konservativen bilden, die dem Wettbewerbsnarrativ folgend, Daten- und Verbraucherschutz verwässert. Die politische Unterstützung für Deregulierung verkennt jedoch, dass die vorgesehenen Änderungen im Rahmen des digitalen Omnibusses vor allem marktbeherrschenden Unternehmen aus den USA nutzen. Somit stehen in diesem Fall die Bestrebungen zur Entbürokratisierung und zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im Widerspruch zueinander.

Widerstand und Ausblick. Auch abseits der Zivilgesellschaft wird der Kommissionsvorschlag kritisch gesehen. Progressive Parteien, nationale und europäische Datenschutzgremien und Wissenschaftler:innen sehen die Vorschläge als weitreichend und warnen davor, das hohe Datenschutzniveau in der EU auszuhöhlen und damit, entgegen dem Versprechen der Kommission, mehr statt weniger rechtliche Unsicherheit zu schaffen.

Im weiteren demokratischen Prozess wird sich entscheiden, ob die Vorschläge der Tech-Lobby bestehen bleiben oder ob sich ein hinreichender Widerstand formiert, der den Mehrwert hoher Schutzstandards verteidigt. Die [ersten Verhandlungsergebnisse zum AI Act](#) fallen gemischt aus: Während die Registrierungspflicht für Hochrisiko-KI-Systeme wiederhergestellt wurde, bleibt es bei der späteren Anwendung der Regeln.

Vergleich und Aussicht

Dieselbe Dramaturgie, unterschiedliche Bühnen. Sowohl in den USA als auch in der EU nutzt die Tech-Lobby geopolitische Wettbewerbsnarrative, um Deregulierung voranzutreiben. In den USA fungiert die Beschwörung eines technologischen Wettlaufs mit China als das zentrale Argument der Tech-Unternehmen, Initiativen zur Regulierung

von KI zu verhindern. In der EU folgt die Agenda der EU-Kommission einem ähnlichen Muster: Der digitale Omnibus wird als unabdingbare Reaktion auf den Wettbewerbsdruck aus den USA und China dargestellt. Konkret schlägt die Kommission vor diesem Hintergrund vor, die Hochrisiko-Pflichten des AI Acts zu verschieben, Registrierungs-pflichten zu verwässern und der Schutz von personenbezo-genen Daten im Rahmen der DSGVO einzuschränken.

Die Wirkung auf den öffentlichen Diskurs ist in beiden Fäl-len identisch: Regulierungsbefürworter:innen werden nicht als Vertreter:innen eines alternativen politischen Ansatzes behandelt, sondern als innovationsfeindliche Bremser:innen und damit aus dem Kreis legitimer politischer Positionen herausgedrängt. Die Ironie besteht darin, dass auf beiden Seiten des Atlantiks geopolitische Angst instrumentalisiert wird: In der EU warnt die Industrie vor einem technologi-schen Rückstand gegenüber den USA und China und in den USA warnt sie vor einem Rückstand gegenüber China und nutzt Europas Regulierungsansatz als abschreckendes Bei-spiel. Diese leicht abgewandelten Dramaturgien dienen ei-nem Zweck: der Schwächung von Schutzstandards für die Skalierung unternehmerischer Tätigkeiten. Gleichwohl un-terscheidet sich der Tonfall erheblich. In den USA wird die Rhetorik des Kalten Krieges und des direkten Wettkampfes mit China bemüht. Die Bündelung von Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen liefert eine starke Argumentation ge-gen diejenigen, die als technologiefeindlich porträtiert wer-den. In der EU ist die Kritik an Tech-Regulierung stärker an drohende wirtschaftliche Stagnation und an fehlende stra-tegische Autonomie gekoppelt. Zudem nehmen die Autoren an, dass die relative, in der öffentlichen Diskussion wahrge-nommene, wirtschaftliche Schwäche der EU in den letzten Jahren zur Empfänglichkeit gegenüber den Argumentati-onsstrukturen der Tech-Konzerne geführt hat.

Professionalisierte Einflussnahme: unterschiedliche Ka-näle, ähnliche Wirkung. In den USA ist die personelle Ver-bindung zwischen Krypto- und KI-Lobby erkennbar. Diesel-ben Akteure wechseln nahtlos zwischen beiden Interessen-gruppen. Die KI-Industrie hat mithilfe der Krypto-Lobby gelernt, dass Einflussnahme gerade vor Wahlen großen po-litischen Nutzen mit sich bringen kann. Dass dieser Ver-such der Wahlbeeinflussung nicht am Atlantik haltmacht, zeigte [Elon Musks direkte Wahlempfehlung](#) für die AfD im deutschen Bundestagswahlkampf 2025. Dies stellt eine qualitativ neue Form des Versuchs politischer Einflussnah-me dar, bei der Plattformbesitz (X), algorithmische Verstär-kung ([X manipulierter Algorithmus](#)) und persönliches politi-sches Engagement verschmelzen.

Dennoch ist die versuchte Einflussnahme der Tech-Indus-trie in der EU allgemein weniger über Wahlkämpfe und Spenden als über institutionellen Zugang organisiert. In der EU gibt es keine vergleichbaren Möglichkeiten, wohlwol-lenden Politiker:innen durch Millionenbeträge ins Amt zu verhelfen. Stattdessen wird der Kontakt zu bereits gewähl-ten Politiker:innen gesucht. Der direkte Zugang zu Kom-missionsbeamten:innen, die Bereitstellung technischer Exper-

tise und die Nutzung von Konsultationsverfahren bilden dabei das europäische Äquivalent der Einflussnahme – ge-stützt durch die gestiegenen Lobbyausgaben. Beiderseits des Atlantiks verfügt die Tech-Industrie über eine professio-nalisierte Infrastruktur, die es ihr erlaubt, regulatorische Prozesse nicht nur zu begleiten, sondern frühzeitig und systematisch zu formen. Hierbei ist der entscheidende Vor-teil, dass zivilgesellschaftliche Akteure und kleinere Unter-nehmen weder über vergleichbare Ressourcen noch über vergleichbare Zugangsmöglichkeiten verfügen.

Institutionelle Architektur: Machtkonzentration vs. de-mokratische Kontrolle. Auch die Macht des US-Präsi-denten ist in keiner Weise vergleichbar mit der der EU-Kom-missionspräsidentin. Wie beschrieben kann der US-Präsi-dent auf Basis der *Executive Orders* parlamentarische Opposition umgehen, um z. B. technologiefreundliche Wei-sungen direkt durchzusetzen. Kommissionsvorschläge müs-sen durch Rat und Parlament verhandelt werden und un-terliegen damit einer stärkeren demokratischen Kontrolle. Gleichzeitig bietet dieser Prozess aber die Möglichkeit, an verschiedenen Stellen Einflussnahme auszuüben. Zwar for-miert sich in den USA auch Widerstand, in der EU bestehen aber durch den gesetzgeberischen Prozess und, im Ver-gleich zu den USA, politisch weniger polarisierte Verfas-sungsgerichte mehrere Optionen, Tech-Unternehmen und ihre Produkte zu regulieren. Ein weiterer Grund sind die be-reits bestehenden Standards in der EU, an denen sich jede Lockerung messen lassen muss.

Ausblick: Progressive Handlungsfelder

Unsere Analyse zeigt, dass die US-Tech-Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks versucht, Regulierungen zu verhindern. Demgegenüber bleibt die Gegenseite, also Unterstützer:in-nen von Datenschutz und strikteren Regeln bei der Anwen-dung von KI, mehrheitlich national fragmentiert. Will pro-gressive Politik diesem strukturellen Ungleichgewicht be-gegnen, muss sie auf mindestens drei Ebenen ansetzen.

- 1. Gegennarrativ und Regulatorische Resilienz statt Dere-gulierungswettkampf.** Progressive Parteien müssen dem wirkmächtigen Wettbewerbsnarrativ der Tech-Lobby – „Wer reguliert, verliert“ – ein Narrativ entgegensetzen, das Innovation und Wettbewerbsfähigkeit mit Regulierung verbindet. Die EU hat mit der DSGVO empirisch demon-striert, dass hohe Schutzstandards keinen Standortnachteil darstellen müssen, sondern sogar einen Standortvorteil begründen können: Rechtssicherheit, Verbrauchervertrau-en und die globale Diffusion europäischer Normen waren direkte Folgen regulatorischer Ambition, nicht regulatori-scher Zurückhaltung. Diesen Vorteil aufzugeben, wie es der digitale Omnibus in Teilen vorsieht, hieße, das wirk-samste Gegenmodell zum deregulierten US-Ansatz frei-willig zu demontieren. Progressive Parteien in der EU und den USA sollten stattdessen offensiv für ein „Race to the Top“ eintreten: Regulierung als Innovationstreiber präsen-tieren, nicht als dessen Gegenteil.

2. Transatlantische Koordination von Zivilgesellschaft und progressiven Parteien. Wenn die Industrie dieselben Strategien und Kapitalflüsse auf beiden Seiten des Atlantiks einsetzt, können es sich weder Zivilgesellschaft noch progressive Parteien leisten, national isoliert zu operieren. Erste Ansätze existieren: Organisationen wie *Public Citizen* (USA) und *LobbyControl* (EU) analysieren dieselben Lobby-Netzwerke, agieren aber weitgehend unabhängig voneinander. Auch progressive Parteien auf beiden Seiten des Atlantiks, von den Demokraten im US-Kongress, die sich gegen den Versuch der Unterbindung einzelstaatlicher KI-Gesetze stellten, bis zu Mitte-links Fraktionen im Europäischen Parlament, die den digitalen Omnibus kritisch begleiten, verfolgen ähnliche Ziele, ohne ihre Strategien ausreichend systematisch abzustimmen. Eine institutionalisierte transatlantische Zusammenarbeit – durch gemeinsame Monitoring-Projekte, gemeinsam abgestimmte Öffentlichkeitsstrategien und einen regelmäßigen Austausch zwischen progressiven Gesetzgeber:innen beider Seiten – wären vielversprechende Ansätze. Diese würden es ermöglichen, Personalrotationen, Kapitalflüsse und Strategien der Tech-Lobby in Echtzeit sichtbar zu machen und gebündelte Gegenstrategien zu entwickeln.

3. Demokratische Infrastruktur gegen finanzielle Asymmetrie. Das Grundproblem, das beide Fälle durchzieht, ist auch ein Ressourcenproblem. Die Tech-Industrie verfügt über viel Kapital für politische Einflussnahme. Zivilgesellschaftliche Akteure und unabhängige Forschung sind dazu im Vergleich unterfinanziert. In den USA zeigt die Asymmetrie zwischen den 125 Millionen US-Dollar vom Super-PAC *Leading the Future* und den 50 Millionen US-Dollar der Gegenbewegung von *Public First* die Grenzen marktbasierter Gegenstrategien. Progressive Politik sollte daher auf die öffentliche Finanzierung unabhängiger Tech-Expertise zurückgreifen, mit dem Ziel, dass neue Technologien in erster Linie dem Menschen (in all seiner Diversität) dienen sollten. Dafür ist die Stärkung parlamentarischer Wissenschaftsdienste, die Einrichtung unabhängiger KI-Aufsichtsgremien mit eigenen Forschungskapazitäten und die gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Lobbying-Strukturen transparent machen, essenziell.

Keine dieser Maßnahmen allein wird die Machtasymmetrie zwischen der Tech-Industrie und demokratischen Institutionen kurzfristig aufheben. Aber zusammengenommen können sie den regulatorischen Möglichkeitsraum offenhalten, den die Industrie zu verengen sucht. Denn letztlich stehen die Grundfesten demokratischer Selbstbestimmung auf dem Spiel: Investitionen in die menschenorientierte Regulierung von KI und anderen Technologien sind Investitionen in die Langlebigkeit der Demokratie. Wer Desinformation, Deepfakes und algorithmische Manipulation nachhaltig regulieren will, ist nicht Feind des Wettbewerbs und der Innovation, sondern bereitet im Gegenteil den Boden für beides und trägt zusätzlich noch zur Verteidigung der Demokratie bei.

About the author

Christopher von Eynern war von Januar bis April 2026 Staff Fellow im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für die USA und Kanada in Washington, D.C. Er studiert im Masterstudiengang „Policies and Governance in Europe“ an der LUISS-Universität in Rom mit Schwerpunkt auf europäischer Industrie- und Digitalpolitik.

Jonathan Schnock ist Referent für Wirtschafts- und Digitalpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel. Vor seinem Wechsel zur FES war er im Europäischen Parlament und in der Wissenschaft tätig. Er besitzt einen Masterabschluss in EU-Außenbeziehungen vom College of Europe.

Imprint

Publisher

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Publishing department

Friedrich-Ebert-Stiftung Washington Office |
719 A Street, NE | Washington, DC 20002 | USA

Contact

info-dc@fes.de

The views expressed in this publication are not necessarily those of the Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Commercial use of the media published by the FES is not permitted without the written consent of the FES. FES publications may not be used for election campaign purposes.

May 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Further publications of the Friedrich-Ebert-Stiftung can be found here: www.fes.de/publikationen



Friedrich-Ebert-Stiftung
Washington Office